Per Initiative nach Utopia?

Autor(en): **Fetz, Anita**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **10 (1984)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-360151

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

die Kriegspolitik — eine andere (Aussen-)Politik hat die Schweiz bis 1848 nicht betrieben — nur immer den Interessen der Machthabenden gedient hat. Das Söldnerwesen war eine beliebte Exportware für die Regierungen der einzelnen Kantone, um Geld zu bekommen. Auch der Zweite Weltkrieg hat gezeigt, welche "unabhängige" Politik die Schweiz betreibt. Wir lieferten Waffen auf alle Seiten, am meisten nach Deutschland. Wir haben Deutschland die Durchfahrtsrechte durch den Gotthard eingeräumt, Geld und Gold wurden in den Banken sicher aufbewahrt, die Zensur kam dem Hitler-Regime entgegen, die Spitzen unserer Gesellschaft zeigten sich ihm gegenüber sehr aufgeschlossen.

Auch meinen viele Leute, dass im Krieg die Zivilbevölkerung geschützt werden soll. Die Armee im zweiten Weltkrieg wollte sich aber im Falle eines Angriffs von Hitler-Deutschland in die Alpen zurückziehen und die Zivilbevölkerung und 3/4 des Landes ihrem Schicksal überlassen. Der Armee geht es letztlich nur um ihr eigenes Überleben.

Das Mittel der Initiative

In letzter Zeit haben wir versucht, mit anderen friedenspolitischen Gruppen und linken Parteien den Dialog aufzunehmen und sie um eine Stellungnahme betreffend unsere Forderung nach der Armeebeschaffung anzugehen. Von der POCH kommt der Vorwurf, dass das Mittel der Initiative in dieser Frage falsch sei, da sich ein massives Ja des Volkes für die Armee kontraproduktiv auswirken werde. So reagieren aber Leute, die absolut realpolitisch in den bestehenden politischen Strukturen verhangen sind. Wir aber glauben, dass sich in den grob gesagt 10 Jahren bis zur Abstimmung über unsere Initiative vieles ändern wird und muss. Gravierende Probleme wie das immer offensichtlicher werdende Missverhältnis zwischen Frau und Mann, die Umweltzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, der Bankrott der dritten Welt, das West-Ost-Verhältnis und die damit verbundene, nicht endende Aufrüstung etc. werden das Bewusstsein der Leute zwangsläufig verändern. Wir glauben deshalb, dass die Zeit für uns arbeiten wird.

In die GSoA kommen v.a. Leute, die bis anhin politisch nicht sehr aktiv waren, die dieser perspektivelosen Zeit eine radikale Forderung entgegensetzen müssen. Wir wollen uns nicht nur mit Fragen aufhalten, welche politische Gruppen unempfänglich machen können für radikale Forderungen. Die SAP, welche sich nun für unsere Forderung ausgesprochen hat, dürfte so weit ausserhalb des noch akzeptierten politischen Spektrums angesiedelt sein, dass sie sich auf dieser Frage exponieren kann. Wir beanspruchen hier und jetzt als Minderheit angehört zu werden, mit der Überzeugung, dass die Probleme, welche wir diskutieren, in absehbarer Zeit ernstgenommen werden müssen, wenn wir überleben wollen.

Andere Gruppierungen meinen, dass die Lösung der von uns anvisierten Probleme den internationalen Organisationen übergeben werden sollte . Sie berufen sich auf die Ideen, welche anfangs dieses Jahrhunderts proklamiert wurden und nach dem Ersten Weltkrieg durch den Völkerbund hätten verwirklicht werden sollen. Danach sollten die Nationalstaaten immer mehr von ihrer Souveränität an internationale Gremien abtreten und sich internationalen Beschlüssen beugen.

Uns ist auch klar, dass nur ein weltweiter Bewusstseins- und Umdenkungsprozess letztlich zu unserem Ziel führen kann. Aber angesichts der politischen Machtlosigkeit z.B. der UNO, auch nur je eine beschlossene Resolution annähernd in die Tat umsetzen, glauben wir kaum mehr an solche Organisationen. Es kann sein, dass die internationalen Organisationen eine Zukunft haben, aber dies auch nur dann, wenn auf nationalstaatlicher Ebene ein massiver Umdenkungsprozess einsetzt. Mit unserer Forderung nach Umdenken in allen Bereichen streben wir auch diesen Umdenkungsprozess an.

In der Schweiz hat das Unterschriften-Sammeln Tradition. Viele Leute, die zu uns an den Stand kommmen, wollen denn auch gleich etwas unterschreiben. Ein anderes Land müsste wahrscheinlich die Leute anders ansprechen. Aber hier ist die Initiative ein demokratisches Mittel, welches die Leute kennen. Von bürgerlicher Seite wird immer gesagt, dass es genug demokratische Mittel gäbe, um etwas zu verändern. So benutzen wir dieses in der schweizerischen Politik tief verwurzelte Mittel, um einmal eine kompromisslose Forderung zu stellen. Eine Forderung, bei der wir keine Abstriche machen müssen, hinter der wir voll und ganz stehen können.

Wir in der GSoA wollen Utopien verwirklichen, auch auf längere Zeit hinaus. Vorläufig ist die Armee-Abschaffung noch eine Utopie.

Margrit Kuhn

Per Initiative nach Utopia?

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich bin gegen die Lancierung der Initiative "Schweiz ohne Armee". Dass die Forderung als utopisches Ziel richtig ist steht auch für mich ausser Zweifel, denn schliesslich ist die Armee ein klassisches patriarchalisches Herrschaftszentrum. Dennoch finde ich das Mittel der Initiative falsch, weil es zu einem vorprogrammierten, kontraproduktiven Debakel führen wird.

Selbst die BefürworterInnen rechnen im besten Fall mit einer 15% Annahme (immer unter der Voraussetzung, dass die mehr als 100'000 Unterschriften überhaupt zusammenkommen!). So gesehen provoziert die Initiative ein fulminates Plebiszit für die Armee, stärkt und legitimiert die Militärlobby und blockiert auf Jahre hinaus jegliche Kritik an der Militarisierung unserer Gesellschaft.

Falls die Initiative lanciert wird, befürchte ich eine tiefe und irreparable Spaltung der heute breit verankerten Friedensbewegung in sog. 'radikale' (= Befürworter) und 'gemässigte' Kräfte. Darüber aber können sich nur die Aufrüster freuen. Die friedenspolitische Diskussion wird sich nur noch auf die Gretchenfrage "pro oder kontra Armee" verengen — andere Fragestellungen haben keinen Raum mehr. Durch die Polarisierung werden Oppositionskräfte beispielsweise aus dem christlichen Bereich, die sich heute bereits stark engagieren gegen die bürgerliche Aufrüstungs- und Militarisierungsdoktrin, wieder 'Gewehr bei Fuss' auf Linie gebracht.

Ich finde es richtiger Fragen ins Zentrum zu stellen, wo konkrete Mehrheiten möglich sind, ohne den Leuten ein grundsätzliches Credo gegen die Armee abzuverlangen. Für mich gilt es den Einbezug der Frauen und die Eingliederung der Armee in die Nato zu verhindern, die Rüstungsausgaben mittels Referendum einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen und Dienstverweigerer zu unterstützen — um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ein solches Vorgehen stellt den Machtanspruch und die Legitimation der Militärlobby langfristig mehr in Frage als eine wuchtig verworfene Initiative.

Wenn schon radikal — und dagegen habe ich ganz und gar nichts — dann bitte nicht mit einem realpolitischen Mittel wie es die Initiative darstellt. Dazu müssen wir unsere Fantasie etwas mehr anstrengen und nach anderen Widerstandsformen suchen.

Anita Fetz